

**Urteil** Den Berliner Mietendeckel hätte es nie geben dürfen. Das Verfassungsgericht hält den Bund für zuständig, auf viele Mieter kommen Nachzahlungen zu *Seite 10*

# Wirtschaft



**Inlandsflüge** Luftverkehr und Bahn wollen Passagiere auf die Schiene locken *Seite 8*

## Händler wollen gegen Bund klagen

Initiative wehrt sich gegen Schließungen im Zuge der geplanten Corona-Notbremse

VON ELIANA BERGER

**Köln.** Eine Händler-Initiative will juristisch gegen die geplante bundeseinheitliche Notbremse und die damit verbundene staatlich angeordnete Schließung ihrer Geschäfte vorgehen. „Wir sehen eine absolute Ungleichbehandlung, und zwar in allen Bereichen“, sagte Marcus Diekmann, Initiator von „Händler helfen Händlern“ und Chef des Fahrradhändlers Rose Bikes.

So gebe es etwa keine Homeoffice-Pflicht, Großraumbüros könnten voll besetzt sein, während Handel und Gastronomie verboten würden. Sobald die Notbremse eingeführt sei, könne man auch bundeseinheitlich „gegen diese staatliche Willkür“ vorgehen. An „Händler helfen Händlern“ beteiligt sind zum Beispiel auch der Sporthändler Intersport, die Modehändler Tom Tailor und Engelhorn, aber zum Beispiel auch die Gastro-Kette L'Osteria.

Diekmann betonte, wenn jetzt nichts unternommen würde, werde man noch monatelang von Lockdown zu Lockdown taumeln, obwohl die Mittel zur Pandemiebekämpfung mit Schnelltests, Masken und Hygienekonzepten längst da seien. Das Infektionsrisiko im Einzelhandel sei gering. „Lokale und regionale Öffnungs-Projekte, wie zum Beispiel in Tübingen, haben bewiesen, dass es funktioniert. Wir sind gesprächsbereit, gemeinsame Lösungen und Konzepte zur Pandemiebekämpfung zu entwickeln“.

Bundestag und Bundesrat entscheiden in der kommenden Woche über eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes, die die Einführung einer bundesweiten Corona-Notbremse ermöglichen würde. Sie sieht vor, dass in Landkreisen mit einer Inzidenz über 100 unter anderem nächtliche Ausgangssperren und härtere Kontaktbeschränkungen gelten. Das Pandemiegeschehen hat zuletzt wieder an Dynamik gewonnen.

## Deutsche Hoteliers schlagen Alarm

Maritim muss Häuser schließen – Unternehmer sehen sich bei Staatshilfen deutlich benachteiligt

VON CORINNA SCHULZ

**Köln.** Große deutsche Hoteliers schlagen Alarm. Rund 300 Unternehmen mit insgesamt 210 000 Mitarbeitern fürchten im Zuge der Corona-Krise um ihre wirtschaftliche Existenz und haben sich in einem eindringlichen Appell an die Bundesregierung gewandt. Dazu gehören unter anderem Traditionsmarken wie die Dorint- und die Althoff-Gruppe aus Köln sowie Lindner Hotels, Centro, Domero, GSH oder H-Hotels, die seit Jahrzehnten viele Häuser unter einer Marke oder in einem Unternehmensverbund betreiben. Der zentrale Vorwurf: Aufgrund ihrer Größe mit mehr als 250 Mitarbeitern sowie mehr als 50 Millionen Euro Umsatz pro Jahr oder einer Bilanzsumme von mehr als 43 Millionen Euro fallen sie im Gegensatz zu Einzelhoteliers nicht mehr in die Kategorie kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) und haben nach eigenen Angaben schwerer Zugang zu Staatshilfen.

### Umsätze eingebrochen

„Die Lage ist dramatisch“, sagt Dorint-Chef Dirk Iserlohe. Die Belegung der Betten sei im Schnitt um 95 Prozent zurückgegangen, die Umsätze massiv eingebrochen. Wenige Stunden zuvor hatte die deutsche Hotelkette Maritim angekündigt, sich von einem Teil ihrer Standorte zu trennen. Man habe in Pandemiezeiten einen Liquiditätsverlust von 140 Millionen Euro verkraften müssen, teilte das Unternehmen aus Bad Salzuffen in Nordrhein-Westfalen mit. „Obwohl wir vor der Pandemie über hohe Liquiditätsreserven verfügt haben, müssen wir nun über Hotel-Notverkäufe unser Überleben sichern“, erklärte die Inhaberin des Familienunternehmens, Monika Gommolla. Einzelheiten zu diesen Verkäufen oder den Standorten nannte sie nicht. Dem Vernehmen nach soll das Hotel in Köln am Heumarkt jedoch nicht betroffen sein, wie der „Kölner Stadt-Anzeiger“ aus dem Unternehmensumfeld erfuhr.

Das Unternehmen mit seinen weltweit rund 5000 Beschäftigten hat nach eigenen Angaben 40 Hotels, 29 davon im Inland mit 3000 Beschäftigten. Staatliche Hilfen seien nahezu ausgeblieben, es seien bisher nur zwei Millionen Euro ausbezahlt worden. „Dies erweckt den Eindruck, dass der größere Mittelstand in den betroffenen Branchen sich selbst überlassen und so kaputt gemacht wird“, sagte die Firmeninhaberin.

Die Hotelkette Centro, die 2019 noch 60 Hotels mit 1200 Mitarbeitern hatte, hatte bereits im vergangenen Jahr 13 Standorte veräußert, darunter sieben Neubauprojekte. Man habe dies „schwe-



Das Dorint-Hotel in Köln am Heumarkt



„Kein Unternehmer kann Rückstellungen gebildet haben, um eine solche Krise zu überwinden

Dirk Iserlohe, Chef der Dorint-Gruppe

ren Herzens“ getan, „um das Unternehmen weiter abzusichern“, sagte Chef in Homeira Amiri in Köln.

Auch bei den Lindner-Hotels ist die Lage ernst. „Wir machen nur noch zehn Prozent des normalen Umsatzes, das kann kein Unternehmen durchhalten“, sagt Otto Lindner, der auch Vize-Chef des Hotel- und Gaststättenverbandes Dehoga ist. Ähnlich dramatisch schildert Manuela Halm, Chefin der Domero-Gruppe mit 1000 Mitarbeitern, die derzeitige Situation. „Wir stehen vor den Trümmern unserer Existenz“.

Seit November dürfen nur Geschäftsreisende beherbergt werden. Die allerdings gibt es kaum noch, weil die meisten Messen und Kongresse abgesagt wurden, zudem setzen viele Firmen verstärkt auf digitale Kommunikation anstelle von Reisen.

Und die staatliche Unterstützung gestaltet sich für die Ketten schwierig. „Während ein Einzelunternehmer mit seinem 120-Zimmer-Hotel nahezu 90 Prozent des entstandenen Schadens in den Jahren 2020 und 2021 erhält, bekommt ein Verbundunternehmen wie die Dorint-Gruppe nach Inanspruchnahme aller Förderprogramme nur rund 38 Prozent des tatsächlich bis Ende Juni 2021 entstandenen Schadens.“ Damit bleibe etwa Dorint auf rund 60 Millionen Euro Verlust sitzen. „Eine unterschiedliche

Behandlung ist nicht nachvollziehbar und ungerecht“, so Iserlohe.

Zwar gäbe es die November- und Dezemberhilfen und die Überbrückungshilfe III. „Die Komplexität der Antragsstellung ist nicht nachvollziehbar“, sagt Otto Lindner. Zudem laufe die Auszahlung existenzgefährdend schleppend. „Wir haben gerade erst die Bewilligung bekommen. Wann das Geld kommt, wissen wir nicht“, so Lindner. Die aktuell laufende Überbrückungshilfe III ist bei den Verbundunternehmen auf drei Millionen Euro pro Monat gedeckelt, insgesamt bekommen sie hierüber nicht mehr als zwölf Millionen Euro. Firmen, die üblicherweise einen dreistelligen Millionen-Euro-Jahresumsatz haben, können mit solchen Geldern nur einen Teil ihrer Finanzlöcher stopfen.

Dorint-Vertreter Iserlohe betonte die Dringlichkeit: „Kein Unternehmer kann Rückstellungen gebildet haben, um eine solche Krise zu überwinden.“ Er forderte den Bund zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes auf, um Entschädigungen zu ermöglichen. Eine Alternative hierzu wäre eine umfangreiche Hilfe, die sich nach dem Umsatz von Vorjahresmonaten bemisst – also deutlich mehr Geld vom Staat als bisher vorgesehen.

Am 1. Mai werde es ernst, wenn die derzeit ausgesetzte Insolvenzantragspflicht wieder greife, so Iserlohe.

**psd Bank**

**SCHNELL.**  
Der PSD AutoKredit: im Handumdrehen zum Traumwagen.

EINE BANK. EIN WORT. SEIT 1872.

### PSD AUTOKREDIT: EINFACH, SCHNELL UND FLEXIBEL.

- ✓ **2,39 % effektiver Jahreszins, 2,36 % p. a. gebundener Sollzinssatz**
- Fairer Kreditvertrag ohne versteckte Kosten
- Kreditbetrag ab 5.000 Euro – auch online abschließbar
- Ein Zinssatz für alle und für die gesamte Laufzeit von 12 bis 96 Monaten

Nettodarlehensbetrag:  
**10.000 €**

Monatliche Rate\*:  
**114 €**

Weitere Informationen unter [www.psd-west.de/autokredit](http://www.psd-west.de/autokredit).

Für den o. g. Zinssatz und die Beispielrechnung gelten folgende Annahmen: Finanzierungssumme = Nettodarlehensbetrag, Sollzinsbindung ist gleich Gesamtlaufzeit, Kreditnehmer ist nicht selbstständig oder Gewerbetreibender.  
\*Repräsentatives Beispiel:  
Finanzierungssumme (= Nettodarlehensbetrag) 10.000,00 Euro, gebundener Sollzinssatz 2,36 % p. a., effektiver Jahreszins 2,39 %, Sollzinsbindung und Gesamtlaufzeit 96 Monate, zu zahlender Gesamtbetrag 10.991,72 Euro, mtl. Teilzahlung 113,57 Euro, Anzahl Teilzahlungen 96.  
Stand: 25.03.2021